

Zur bevorstehenden Budget-Debatte.

Unser Berliner = Correspondent schreibt:

Viele Mitglieder der linken Seite des Abgeordnetenhauses hatten eine Verlegung der ersten Lesung des Staatshaushaltsetats bis zum Anfang der nächsten Woche gewünscht. Das Präsidium konnte aber darauf um so weniger eingehen, als die Lage der Geschäfte es dringend wünschenswert machen, den Etat bis zum Eintritt der Weihnachtsserien zum Abschluß zu bringen, ein Ziel, dessen Erreichung schon allein für das Abgeordnetenhaus mit ganz eminenten Schwierigkeiten verknüpft ist und die Ausbietung starker Arbeitskräfte erfordert.

Die Etatsdebatte wird schon bei der ersten Lesung sich außerordentlich lebhaft gestalten und zwar nicht nur durch das Hervortreten jener Fraktionsführer, welche das Budget als ihre eigentliche Domäne zu betrachten pflegen, sondern, wie man bereits weiß, durch eine Anzahl Abgeordneter aus den verschiedensten Provinzen, welche entschlossen sind, gegenüber den glänzenden Schilderungen der Staatsfinanzen in den Reden des Finanzministers Klage zu führen über die sehr große Knappheit in den oft dringenden Bewilligungen der verschiedensten Verwaltungszweige. Ganz besonders wird aus einzelnen Gegenden über Störungen der fiskalischen Bauten, namentlich auf dem Gebiete der Justizverwaltung, über Verletzung der staatlichen Befehle zu den Gemeinde-Schulstoffen geklagt. Auch in der Eisenbahn-Verwaltung findet man Manches auszuweisen. Kurz, es wird sich in den Debatten, wie man in Abgeordnetentreiben hört, ein sehr merkwürdiges Bild der Finanzlage entrollen. Es fehlt nicht an Stimmen für die Annahme, daß die erste Lesung des Budgets eine ganze Reihe von Sitzungen erfordern möchte.

Deutschland.

O. C. Landtags-Verhandlungen.

7. Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 11. November.

11 Uhr. Am Ministerische Graf zu Eulenburg, Vitter und Com-

missionarien. Eingegangen ist eine Interpellation des Abg. von Cuny betreffend die Gerichtslosten und ein Rechnungsbild über den Hinterlegungsfonds.

Die Verhandlung über die Kreis- und Provinzialordnung für die Provinz Posen wird fortgesetzt.

Abg. von Tiedemann (Bismarck): Wenn Herr Kantak eine so durchaus sachgemäße und die Verhältnisse in der Provinz noch in sehr mildem Licht beleuchtende Darstellung, wie sie der Abg. Hahn gestern gab, schon nicht ertragen konnte, so beweist er damit, daß seine Partei noch nicht reif für die Selbstverwaltung ist. Mit der Versicherung des Herrn von Stablenwski, daß sie sich stets auf dem Boden des Gesetzes gehalten habe, steht die von Hahn erwähnte „Fabrikaffäre“ in eclatantem Widerspruch. Es ließen sich ihr leicht noch andere Geschichten hinzufügen, wenn ich nicht fürchten müßte, damit die Empfindlichkeit der Herren zu reizen, was mir bei ihrer Lebenswürdigkeit fern liegt. Von welcher Seite kommen denn übrigens auch die meisten Anträge auf Einstellung des Strafverfahrens gegen Abgeordnete? Herr Kantak faßt die Fabrikaffäre als eine Privatangelegenheit auf; damit ist ihr aber bei der hohen gesellschaftlichen Stellung, die der Betreffende einnimmt, die Spitze nicht abgebrochen. Die Angelegenheit ist mit Recht als ein Zeichen für den Charakter unserer provinziellen Verhältnisse hingestellt worden. Der Kulturkampf, der sich in unserer Provinz am meisten ausgebreitet hat, hat die beiden polnischen Parteien, die revolutionäre und die aristokratische, geeinigt. Sie, im Verein mit den ultramontanen Bestrebungen (Dol), haben unter der polnischen Partei eine Disciplin zu Wege gebracht, die geradezu einen Terrorismus ausübt, dessen sich die Deutschen, evangelischer wie jüdischer Confession, nicht erheben können und daher bisher stets der Fährte der Polen gefolgt sind. Da ist es Pflicht der deutschen Gesetzgebung, dafür zu sorgen, daß diese Einflüsse mindestens abgeschwächt werden.

Verstärkt werden sie noch durch die gesellschaftliche Stellung der polnischen Aristokratie und durch die gesellschaftlichen Beziehungen, so daß nicht selten Deutsche, evangelischer oder jüdischer Confession, um die guten Geschäfte mit solchen Herren nicht zu verlieren, ihr Wahlrecht entweder nicht ausüben oder gar verleugnen haben. Trotz aller Verdienste polnischer Aristokraten um die Communalverwaltung ist es doch sehr bedenklich, die jetzt vorhandenen Schranken durch Verleihung der Selbstverwaltung zu durchbrechen. Dann wird man erst sehen, wie weit der polnische Terrorismus geht. Die bona fides des Abgeordneten von Stablenwski bezweifle ich nicht; aber bei allen Ihren Bestrebungen haben Sie lediglich die Ziele der polnischen Agitation im Auge, die Wiederherstellung der Zustände vor Erlaß der Waisengesetze. Diese Umstände haben die Mehrheit der Bevölkerung der Einführung der Selbstverwaltung abgeneigt gemacht; der vorliegende Entwurf entspricht gerade den thätlichen Verhältnissen. Wir werden deshalb an dem Zustandekommen desselben mitwirken, obwohl die Vortheile, die er bietet, nur mittelbare sind. Sie liegen für uns in der Möglichkeit der Einführung der Organisation der allgemeinen Landesverwaltung und der Verwaltungsgerichtsbarkeit. Was die wichtige Frage der Bildung des Kreisaußschusses betrifft, so hat man zwar darauf hingewiesen, daß ein ernannter Kreisaußschuß außerhalb jedes organischen Zusammenhangs mit dem Kreistage liege, und als Correctiv den Friedensthal'schen Vorschlag empfohlen. Dieser ist aber für mich durchaus unannehmbar. Die drei durch den Kreistag gewählten Mitglieder würden sich stets als die wahren Vertreter des Kreises geriren und den ernannten Mitgliedern eine schiefe Stellung geben. Auch die Eventualität muß ich ablehnen, wonach einem vom Kreistage erwählten Kreisaußschusse lediglich die kommunalen Angelegenheiten zu übertragen seien. Namentlich in politisch erregten Zeiten würde sich die Gefahr der Pläne herausstellen, das ganze Vermögen des Kreises einer rein polnischen Körperschaft anzuvertrauen. Jedenfalls muß für die ganze Provinz eine einheitliche Mobilität geschaffen werden. Die Vorwürfe gegen den Wahlmodus bezüglich des Großgrundbesitzes kann ich als richtig nicht anerkennen. Nur dieser Modus sichert der Minorität genügende Vertretung auf dem Kreistage. Die Verbeibehaltung der Distriktscommissionen kann ich nur dringend empfehlen, nur wünsche ich, daß die Qualität derselben eine bessere werde. Auch empfiehlt es sich, sie in disciplinärer Stellung dem Kreisaußschusse zu unterstellen. Was den Kernpunkt der Vorlage, den Provinziallandtag, anbelangt, so scheint es mir nicht hinreichend, wenn der Entwurf dem Könige das Recht zur Ernennung von nur 10 Abgeordneten giebt; das würde gänzlich das Verhältnis der deutschen zu den polnischen Vertretern wie 42 : 28 gestalten. Bei der Wichtigkeit der Institution ist das keine genügende Mehrheit. Im Ganzen acceptiren wir demnach das Gerippe der Vorlage in der Hoffnung, daß es dereinst Fleisch und Blut gewinnen möge. (Beifall rechts.)

Abg. Kantak: Ich befand mich gestern dem Abg. Hahn gegenüber auf dem Standpunkte der Verteidigung gegen die Angriffe, welche der erste Theil seiner Rede lediglich enthielt. Wenn der Vorredner folgert, wir seien für die Selbstverwaltung noch nicht reif, so verwechselt er Politik und Selbstverwaltung. Er schöpft aus dem politischen Gebiete Gründe dafür, und die Selbstverwaltung zu verweigern. Die Frage, woher die meisten Anträge auf Einstellung des Strafverfahrens kommen, ist durchaus gleichgültig. Wenn die Mehrheit von uns herrührt, so beweist dies nur, daß wir, und namentlich unsere Presse in einer Weise verfolgt werden, daß man gegen uns die meisten Strafanträge stellt (Widerbruch). Für den Unterschied zwischen einer revolutionären und einer aristokratischen Partei habe ich kein Verhältniß. Es giebt bei uns keine solche Parteien. Wir bilden überhaupt keine Partei, sondern einen Theil der polnischen Nation, und diese Ueberzeugung geht uns über Alles! Die ultramontanen Be-

strebungen repräsentiren nur die Verteidigung des kirchlichen Rechts gegen die Willkür des Staats (Dol), und weil wir zum größten Theil katholisch sind, so sind wir, wenn man uns als solche angreift, nicht Revolutionäre, Ultramontane oder Aristokraten, sondern Katholiken und verteidigen diesen Standpunkt! (Beifall im Centrum.) Was unsere gesellschaftliche Stellung und deren angebliche Einflüsse anbelangt, so bedauere ich, daß es bei Ihnen so weit gekommen ist, daß Sie privaten Nutzen halber Ihre Rechte veräußern. Wenn der Abg. v. Tiedemann, angeblich im Gegensatz zu mir, nicht erregt gewesen ist, so ist das für mich durchaus verständlich. Er hat ja die Sache die Nacht über beschlafen können (Heiterkeit). Worauf seine und der Regierung Bestrebungen hinausgehen, das liegt klar auf der Hand: Sie wollen uns majorisiren, Sie wollen die Macht in der Hand haben, um davon gegen uns in jedem Augenblick Gebrauch machen zu können. Wir sind noch nie in der Lage gewesen, Sie zu terrorisiren. Wir berufen uns dafür auf unsere Geschichte: niemals haben wir eine Nationalität unterdrückt! (Beifall bei den Polen und im Centrum.)

Abg. Windthorst: Wenn man zu Gunsten der Polen das Wort ergreift, so ist man allen möglichen Mißdeutungen ausgesetzt. Das kann mich aber nicht abhalten, den Eindruck wiederzugeben, den die Debatte auf mich gemacht hat. Ich vertrete das Recht der Polen innerhalb der staatsrechtlichen Verhältnisse, in welchen sie sich befinden, wie ich das eigene Recht vertrete; wollen sie ihr Recht auf gewaltsame Weise erobern, so trete ich ihnen entgegen. Die Zweifel, in wie weit die Selbstverwaltung in Posen einzuführen ist, scheinen mir unbegründet. Die nationalen Gegensätze machen sich doch nur auf politischem, nicht auf communalem Gebiete geltend. Ein gemeinsames Wirken auf communalem Boden wäre geeignet, die politischen Gegensätze auszugleichen oder zu mildern. Ausbreitungen der selbstverwaltenden Körperschaften können durch gesetzliche Cautele verhindert werden. Das Einzige, was notwendig ist, wäre das: für eine verhältnismäßige, der Stärke der Kopfzahl entsprechende Vertretung der beiden Nationalitäten Sorge zu tragen; das ließe sich in der Wahlordnung vollständig erreichen. Das Bündniß der Polen und Ultramontanen, von dem man gesprochen hat, beweist, wie weit die Wirkung des Kulturkampfes geht. Ich bedauere nicht, daß die Katholiken sich den Polen angeschlossen haben, vorausgesetzt, daß das nicht weiter geht, als zur Wahrung der Rechte Aller notwendig ist. Ich zweifle, daß die Methode, nach welcher unsere polnischen Mitbürger behandelt werden, die richtige ist. Man darf eine Nationalität nicht majorisiren oder unterdrücken.

Ein guter Theil des ehemaligen Polens gehört zu Oesterreich und wenn die Herren die Verfassungskämpfe in Oesterreich sich näher ansehen, so werden sie finden, daß gerade die Polen die kräftigsten Stützen des österreichischen Ministeriums sind. Es wäre wohl gut, sich die Frage vorzulegen, wie kommt es, daß das in Galizien so ganz anders ist, als in Posen? Wenn wir dieselbe Methode anwenden, würden wir dasselbe Resultat haben. Wenn die Selbstverwaltung in Posen nicht möglich ist, dann sollte man es beim Alten lassen. Nach allen Erörterungen scheint es mir von großer Wichtigkeit zu sein, mit diesen Kreisordnungen nicht eher abzuschließen, als bis auch die Kreisordnungen für die übrigen Provinzen vorliegen. Wenn die in den Debatten vorgetragenen Gesichtspunkte maßgebend sein sollen, dann weiß ich nicht, wie die Kreisordnungen für Rheinland und Westfalen ausfallen werden. (Sehr richtig!) Der Minister erwiderte gestern, daß die Vorlegung aller Kreisordnungen in der kurzen Zeit nicht möglich sei; ich will ihm in Beziehung auf seinen Fleiß keinen Vorwurf machen; er ist sogar zu fleißig gewesen (Heiterkeit), auf Kosten seiner Gesundheit und — der Sache. Ich wünsche aber, daß die Kreisordnungen zusammen vorliegen, damit man sich ein Gesamturtheil bilden kann. Jedenfalls werde ich, soviel an mir liegt, der Anwendung des Grundsatzes: „Divide et impera“ entgegengetreten. (Beifall im Centrum und bei den Polen.)

Minister des Innern Graf zu Eulenburg: Ich bin dem Abg. Windthorst dankbar für die freundliche Theilnahme, die er dem Maße meiner Arbeit zuwendet; es würde mich noch mehr erfreuen, wenn er den Ergebnissen meiner Arbeit mit etwas mehr Wohlwollen gegenüberstünde, als bisher. Die Unterstellung, daß ich bei der getrennten Vorlegung der Kreisordnungen die Absicht des Theilens und Herrschens habe, wird einer ernstlichen Widerlegung nicht bedürfen. Dagegen muß ich mir erlauben zu constatiren, daß die Gründe, aus welchen der Abg. Windthorst auf die gleichzeitige Vorlegung aller Kreisordnungen drängt, lediglich tactische sind; es ist äußerst bedenklich, wenn man Beschlüsse in einer für sich selbst sprechenden Sache von dem abhängig macht, was in einer anderen Sache beschlossen werden wird, es ist das eine neue Anwendung des so sehr verhorreirten Satzes: „Do, ut des.“ (Sehr richtig!) Die Verächtungen des Vorredners über die Kreisordnung und Provinzialordnung der westlichen Provinzen sind in der Natur der Sache gar nicht begründet. Der Vorredner hat dann hingewiesen auf die Frage, welche Politik im Allgemeinen einer fremden Nationalität gegenüber eingeschlagen werden müsse und dabei auf ein befreundetes Land verwiesen. Ich muß mir ein näheres Eingehen auf diesen Punkt versagen, weil ich es nicht thun könnte, ohne eine Kritik von Maßregeln einer andern Regierung eintreten zu lassen, was von meinem Standpunkte aus nicht angemessen sein würde. Aber einen Punkt muß ich doch berühren. Wenn der Vorredner den Erfolg ins Auge faßt, den die Politik in Galizien hat, so bin ich erstaunt, daß er ihn vom Standpunkte der deutschen Nationalität für besonders erwünscht erachtet. (Sehr richtig!) Als kaiserlich dem Monarchen dieses Staates bei seiner Anwesenheit in dem Lande ein begeisterter und außerordentlich warmer Empfang zu Theil wurde, da konnten polnische Blätter sich nicht enthalten, ihr Tadelvotum über dieses Verhalten damit zu motiviren, daß dies ein unpatriotisches Verhalten sei. (Hört!) Das ist wohl eine genügende Illustration.

Der Abg. Windthorst hat dann ferner darauf hingewiesen, daß nichts dem entgegenstehe, ein ausgedehntes Maß von Selbstverwaltung in Posen einzuführen, weil die Gegensätze im kommunalen Leben verschwinden, wie dies in anderen Gegenden sich gezeigt habe. Er überieht dabei, daß es sich in jenen Gegenden nur um politische Gegensätze handelt; das eigenthümliche nationale Gegensätze ist gerade, daß ihre verderbliche Wirkung auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens sich zeigt, und daß die Garantien, die sonst vorhanden sind, um auf neutralem Gebiet einen günstigen Erfolg zu sichern, auf ein so minimales Maß sich verringern, daß der Versuch, die Selbstverwaltung einzuführen, ein vergeblicher sein würde. Den Polen geben ihre nationalen Ueberzeugungen über Alles und das macht es bedenklich, ihnen die Mitwirkung bei der Selbstverwaltung einzuräumen. (Sehr richtig! rechts.)

Abg. v. Stablenwski: Nach dem Abg. v. Tiedemann wäre es bedenklich, in politisch erregten Zeiten einem Kreisaußschusse, der aus Polen besteht, die Verwaltung anzuvertrauen. Dies ist nicht richtig. Die Polen sind sehr vorsichtige Financiers; wenn das Reich ihrem Rathe gefolgt wäre, so hätte es von der Einführung der Goldwährung Abstand genommen. Uebrigens bestanden in dem neutralen Gebiete der Communalverwaltung in Posen durchaus keine nationalen Gegensätze. Die Verfassungsstreue der Polen anzuzweifeln, weil sie sich stets auf ältere Verträge berufen, sei irrig. Sie strebten allerdings danach, eine gewisse Autonomie zu erlangen, aber nur auf streng verfassungsmäßigem und gesetzlichem Wege.

Damit schließt die Discussion. Die Vorlage wird der Zuständigkeits-Commission überwiesen, welche für diese Provinz um 7 Mitglieder aus der Provinz Posen verstärkt wird.

Ohne Debatte erledigt das Haus in dritter Verathung die Vorlage betreffend die Weichselstädtebahn und den Bericht über das Consolidations-Gesetz.

Die Rechnungen der Rassen der Oberrechnungs-Kammer für 1878/79 werden der Rechnungs-Commission, der Bericht über die bisherige Ausführung des § 4 des Gesetzes, betreffend den Erwerb mehrerer Privat-Eisenbahnen für den Staat, vom 20. December 1879 und des § 5 des Gesetzes, betreffend den Erwerb des Rheinischen und Berlin-Potsdam-Magdeburger Eisenbahnunternehmens für den Staat, vom 14. Februar 1880 der Budget-Commission überwiesen.

Es folgt die Verathung der Uebersicht von den Staatseinnahmen und Ausgaben des Jahres 1879/80.

Abg. Richter wünscht auf diese Uebersicht nach der Praxis des Hauses

der Rechnungs-Commission zu überweisen, obwohl dieses Verfahren im vorliegenden Fall fraglich werden könnte. Doch will er schon heute, bevor noch die Budgetberatung beginnt, dem Finanzminister Gelegenheit geben, seine bei Einbringung des Budgets gemachten Mittheilungen selbst oder durch Commissionarien verschiedener Ministerien zu erläutern. Der Herr Minister hat von dem vorliegenden Abschluß mehrmals hervorgehoben, daß er sehr gut sein würde, wenn er nicht etwas schlechter geworden wäre: wenn die Mindereinnahmen und die Mehrausgaben nicht so groß gewesen wären, hätte das Jahr sehr gut abgeschlossen. Und zugleich wies er an einer anderen Stelle darauf hin, daß nichts desto weniger 1879/80 gegen das Vorjahr eine Verbesserung in dem Abschluß von 3½ Millionen nachgewiesen, also auch den allerschmerzlichen Ansichten über die jetzige Finanzverwaltung gegenüber ein sehr bedeutender Fortschritt zum Besseren erkennbar ist. Durchweg bemühte sich der Herr Finanzminister in seinem Vortrage gegen den Verdacht zu schützen, daß in der Rechnungsbücherei und im Etat Mindereinnahmen aus wirtschaftlichen Gründen auftreten könnten und die neue Aera der Wirtschaftspolitik durch trodene Zahlen zu bedecken.

Der vorliegende Abschluß ist gegen den vorangehenden um 3½ Millionen günstiger ausgefallen. Das gebe ich zu. Aber man macht leicht einen günstigeren Abschluß, wenn man mehr Steuern und Zölle erhebt: an unvorhergesehenen aus dem Reiche herübergekommenen Einnahmen sind 4,132,000 M. in Rechnung gestellt, und mit den 110 Millionen, die der Herr Finanzminister noch für das Reich in petto hat, wird man noch bessere Abschlüsse erzielen. Die Herren auf der Rechten sollten also doch endlich aufhören zu sagen, es handle sich um Erleichterungen, namentlich für die unteren Volksklassen. Dies Programm stellen Sie nur einseitig in die Ecke! Bei der Budgetdebatte werden wir Ihnen zeigen, wobei die jetzige Finanzpolitik führt, namentlich für die ärmeren Klassen, dieses Programm, für das der Herr Finanzminister sich dreimal auf die Solidarität der gesammten deutschen Finanzminister berufen hat. Für heute bleibe ich strikte bei den vorgelegten Zahlen und frage den Herrn Finanzminister, wie er dazu kommt, auf Grund derselben fortwährend von einer Senkung der wirtschaftlichen Verhältnisse zu sprechen? „Mindereinnahmen in wirtschaftlicher Beziehung sind nicht vorhanden.“ Die Domänenverwaltung hat eine solche von 747,000 M., die Forstverwaltung von 4 Millionen; die directen Steuern zeigen ein Mehr von 588,000 — sehr natürlich, da man mehr Steuern erhebt. Stempelsteuern ein Minus von 4 Millionen; und sind sie nicht der Puls des wirtschaftlichen Lebens? Die Bergwerksverwaltung hat allerdings eine Mehreinnahme von 1,367,000 M. und dazu wird die Erläuterung gegeben: „Das Jahr 1879 war für die Montanindustrie Preußens ein höchst bedeutendes, indem sich im Laufe desselben die Umgestaltung der Wirtschaftspolitik und Folgeerhebung des Reiches vollzog.“ ... „Im November trat in Folge von großen Aufträgen an die Eisenbahnen aller Art ein erheblicher Aufschwung der Eisenindustrie ein, von dessen günstigem Einflusse zunächst der Steinkohlenbergbau, dessen Absatz sich übrigens (das wird ganz nebenbei gesagt) schon durch die anhaltende strenge Kälte gehoben hatte, sowie der Eisenerzbergbau Nutzen zogen, in zweiter Linie aber auch alle anderen montanistischen und sonstigen Industriezweige vortheilhaft belebt wurden.“

Die strenge Kälte steht doch mit der neuen Wirtschaftspolitik in keiner Verbindung. (Heiterkeit.) Abschließend begann der Aufschwung in der Kohlen-Industrie in Folge des strengen Winters. (Marube.) Fragen Sie nur die Eisenbahndirectoren, namentlich die der Rheinischen. Indessen auch diese Behauptung gebe ich Ihnen vollkommen preis; ich frage nur den Finanzminister, wo ist denn der wirtschaftliche Aufschwung? Sie haben bei der Berg- und Hüttenverwaltung eingenommen 1877/78 93 Millionen Mark, 1878/79 84 Millionen und in dem Jahre des angeblichen Aufschwunges 82½ Millionen, also 1½ Millionen weniger, als im Vorjahre. Die Ausgaben stiegen sich dann so: 1877/78 80 Millionen, 1878/79 73½ Millionen und 1879/80 70½ Millionen. Ja, wenn man an den Betriebs-Ausgaben spart, kann man freilich bessere Abschlüsse machen. Die Mehreinnahme von 1,367,000 Mark setzt sich lediglich zusammen aus Ersparnissen bei den Ausgaben, namentlich im Extraordinarium; die Einnahmen selbst sind geringer, als im Vorjahre. Bei den Eisenbahnen haben wir eine Mehreinnahme von 6,605,000 Mark gehabt. Der Minister bemerkte dazu, daß unter diesen 6½ Millionen sich 4,818,000 Mark befänden, welche den staatlichen Privatbahnen angehören. Wenn man die alten von den neuen Eisenbahnen trennt, so haben die ersten 10 Millionen Mindereinnahme und 10½ Millionen Minderausgabe gehabt. Dabei ist aber zu bemerken, daß die Ausstattung der Erneuerungsfonds durchaus nicht im Einklang mit den Principien einer soliden Wirtschaft steht. Der Erneuerungsfonds für die Bahnanlagen wurde bewilligt in Höhe von 2½ Millionen, und schon diese Summe hielt man für sehr niedrig bemessen, trotzdem ist daran noch die Summe von 1,238,000 Mark gespart worden. Für die Erneuerung des Locomotiv- und Wagenparks wurden bewilligt 3½ Millionen, ausgegeben 2½ Millionen; es ist hier also beinahe der dritte Theil gespart worden. (Hört!) Auf diesem Wege kann man freilich günstige Abschlüsse erzielen. Auch in dem Etat pro 1881/82 hat sich der Finanzminister eine Mehreinnahme von 26 Millionen eingezeichnet. Hieron entfallen — beiläufig bemerkt — 12 Millionen allein auf Verzinsung der Schulden.

Der Etat hat in diesem Punkte noch mehr Achillesferse. Es hat nach der eigenen Rechnung der Regierung dabei ein Minusanzahl von 8 Mill. für den Erneuerungsfonds stattgefunden. Die Hoffnungen des Ministers auf eine Besserung der Verhältnisse theile ich hiernach nicht. Ich glaube sogar, daß die Wirtschaftspolitik des Reichskanzlers den naturgemäßen schon vor mehreren Jahren in Aussicht zu nehmenden Aufschwung der Industrie verhindert hat. (Gelächter rechts.) Ich weiß wohl, daß es Zeiten giebt, wo man gewisse Dinge nicht sagen darf, ohne einem Gelächter zu begegnen, ich weiß aber auch, daß alle Dinge ein Ende haben. (Sehr richtig! Heiterkeit rechts.) So wird auch die Zee von dem notwendigen Aufschwung der Industrie durch die Wirtschaftspolitik des Reichskanzlers sich noch eine Weile aufrecht erhalten und dann an der nüchternen Wirklichkeit zu Schanden werden. Was das schöne Programm von der Steuererleichterung des armen Mannes betrifft, so wird derselbe nach 2-3 Jahren, wenn er sich die Rechnung macht, zu der Einsicht kommen, daß diese Politik kein Vortheil, sondern ein schwerer finanzieller Nachtheil ist. Bei dem Etat der Justizverwaltung ist eine Mehrausgabe, die ich mit dem Herrn Finanzminister bedauere. Ich habe in dieser Beziehung durchaus nichts einzuwenden. Sie haben dann aber auch eine Ersparnis beim Cultusetat von 1,426,000 Mark, die sich auf die Gymnasien, Realschulen, auf das Elementarschulwesen und auf die Bistümer vertheilt und die ich nicht gern sehe. Ich komme zu dem Gesamtergebnisse: die Regierung hat kein Recht, diesen Rechnungsbuchschluß als einen besonders günstigen hinzustellen. Wenn Sie das Extraordinarium und namentlich die hier gemachten Ersparnisse abziehen, so stellt sich eine Unterbilanz heraus. Ich möchte den Finanzminister bitten, daß er uns heute etwas mehr Erläuterungen giebt und vielleicht weitere Mittheilungen über die Resultate des jetzigen Jahres daranschließt. Es würde dies wesentlich die bevorstehende Budgetdebatte erleichtern. Der Minister hat gesagt, wenn die Rechnung auch jetzt nicht gut abgeschlossen habe, so seien doch die beiden ersten Quartale des laufenden Jahres erheblich günstiger. Ich möchte fragen: an welchen Punkten? Im Eisenbahn- oder Bergwerk-Etat? Sind es Ersparnisse oder Mehreinnahmen? Ich be- antworte, die vorliegende Uebersicht an die Rechnungscommission zu überweisen mit dem Auftrage, dieselbe nicht bloß formell, sondern auch nach der Richtung hin zu prüfen, ob sie — wie die Regierung behauptet — ein Beweis dafür ist, daß wir in wirtschaftlicher Beziehung Fortschritte gemacht haben. (Beifall links.)

Finanzminister Witter: Der Herr Abgeordnete Richter hat soeben einen sehr richtigen Satz ausgesprochen, der dahin geht, daß Alles in der Welt sein Ende nimmt (Heiterkeit), unsere wirtschaftlichen Hoffnungen, wie auch unsere wirtschaftlichen Befürchtungen, und ich bin der Meinung, und gewiß ein großer Theil des Hauses mit mir, daß unsere wirtschaftlichen Befürchtungen und der beispiellose Niedergang, den wir sieben Jahre hindurch in den allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnissen zu erleben hatten, sein Ende nehmen wird. Daß unsere Hoffnungen zu Ende gehen würden, daß

möchte ich nicht anerkennen. Ich bin im Gegentheil der Meinung, die ich auch schon früher bei Einbringung des Budgets ausgesprochen habe, daß die von diesen Seiten nach dieser Richtung hin gehegten Hoffnungen in Erfüllung gehen werden, daß dieselben aber nicht von einem Tage zum andern erfüllt werden können, sondern daß die Besserung sich schon in einigen Jahren zum Segen des Vaterlandes entwickeln wird. Ich kann jetzt zu meinem Bedauern auf die Auseinandersetzungen des Abg. Rüdert bezüglich des Bergwerks- und Eisenbahnbaus nicht antworten, ohne mich zuvor mit meinem Herrn Kollegen, der dieses Ressort speciell zu vertreten hat, verständigt zu haben. (Abg. links.) Ja wohl, meine Herren, es ist bei uns nicht eingeführt, daß wir Kritik üben, bevor wir uns nicht mit unseren Herren Kollegen in Verbindung gesetzt haben. Sollte besondere Veranlassung vorliegen, dem hohen Hause sollte jetzt einige Auskunft zu erteilen, so werden die anwesenden Herren Commisariats des Ministeriums für die öffentlichen Arbeiten dieselben geben. Wenn der Abg. Rüdert aber erklärt hat, es sei bei der Vorlegung des Etats und bei den Bemerkungen, die ich über das Jahr 1878/79 gemacht habe, mein Bestreben gewesen, die Aera der jetzigen Wirtschaftspolitik gegen die Vermuthung zu deducen, als ob in ihr ein Rückgang und nicht ein Fortgang zu finden wäre, so muß ich das, so weit es mich betrifft, als irrig bezeichnen. Ich habe einen derartigen Verdacht weder gehabt, noch abweisen wollen. Ich habe bei Vorlegung des Budgets ohne jeden Rückhalt alle Zahlen angegeben, die ich geglaubt habe, dem hohen Hause geben zu müssen, um Ihnen im ersten Augenblick einen Ueberblick zu gewähren.

Ich habe die Verhältnisse nicht gefärbt, sie weder trübe, noch rosig dargestellt, sondern lediglich so, wie mir dies die Zahlen an die Hand geben. Wenn hier jetzt gesagt wird, es haben bei einzelnen Positionen Minderungen stattgefunden — der Abg. Rüdert hat sich vorzugsweise auf den Bergwerksbetrieb bezogen — so hat er auf der anderen Seite gleich hervorgehoben, daß der Aufschwung, der in der Kohlenbranche stattgefunden hat, die Folge der strengen Kälte gewesen sei. Ja, wozu dient denn Heizmaterial? Es werden doch nicht im Sommer bei der großen Hitze 24 Millionen Menschen das Heizmaterial kaufen, um es da verwenden zu können! Das Heizmaterial dient offenbar dazu, um es während der Kälte in Anwendung zu bringen, also es muß auch gekauft werden. Daß die Regierung zum Vorwurf gemacht werden würde, habe ich wirklich nicht erwartet; ebenso wenig, wie ich es für möglich halten würde, daß das hohe Haus oder irgend einer, der sich für die Verhältnisse des Landes interessiert, daraus Vorwürfe herleiten könnte, daß in den Kreisen Lauban und Görlitz ein furchtbarer Wollenbruch stattgefunden hat, der die Regierung zur Ausgabe von großen Summen genöthigt, oder daraus, daß die Oeder sich in ungehörigem Maße über die Ufer ergossen hat, so daß auch da die Regierung mit ihren Mitteln eintreten mußte. Wenn der Abg. Rüdert aber zunächst darauf aufmerksam gemacht hat, daß ich den Abschluß von 1879/80 zu günstig beurtheilt habe, so habe ich ja erklärt, daß die bedeutenden Minderungen durch eine Mehrausgabe mehr als abhört worden seien. Ich habe ausdrücklich darauf hingewiesen, daß ein günstiger Abschluß eingetreten wäre, wenn nicht unerwartete Mehrausgaben in den letzten Tagen nachgewiesen worden wären und den Finalabschluß so weit ungünstig beeinflusst hätten, daß ein Minusbetrag von 3 1/2 Millionen in Rechnung zu stellen war. Hiermit konnte ich aber immerhin einen bedeutenden Fortschritt gegen die Vorjahre konstatiren.

Ich kann unmöglich zugeben, daß mir daraus ein Vorwurf gemacht wird, daß die Eisenbahnentnahmen zu jenem günstigen Ergebnis mitgewirkt haben, zumal ich bei Bezeichnung des Ueberschusses auf diesen Punkt ausdrücklich hingewiesen habe. Gätten die Ueberschüsse aus den Privatbahnen sich nach dem Staatsjahr berechnen lassen, so wäre vielleicht der ganze Einnahme-Ausfall in der Hauptsache gedeckt worden. Ein Niedergang ist also in den Jahren 1879/80 keineswegs vorhanden gewesen. Von dieser Zeit aus kann man im Großen und Ganzen den Aufgang, die Besserung, wenn sie auch die Anerkennung des Vorredners nicht gefunden hat, beobachten. Ueber die Wirtschaftspolitik des Fürsten Bismarck habe ich bei Vorlegung des Etats mit keiner Silbe gesprochen, so sehr ich persönlich und jauchend anerkenne, daß sie eine richtige ist, und so wenig ich zugebe, daß sie nach 3 bis 5 Jahren das Land an den Abgrund des Verderbens bringen werde, wie man aus der Rede des Vorredners wird herleiten können. Ich hoffe, er wird eine so günstige Ansicht von der preussischen Finanzverwaltung haben, daß er eine solche Versicherung nicht zu hegen braucht. Der Abg. Rüdert hat den Wunsch ausgesprochen, daß ich über die Ergebnisse der Finanzverwaltung in den letzten beiden Quartalen Mittheilung mache. Ich trage Bedenken, dies zu thun, weil ich dazu eine ungeheure Masse von Zahlen gegenwärtig haben müßte, die mir im Augenblick nicht zu Gebote stehen. Ich kann nur wiederholen, daß die Resultate der Finanzverwaltung der letzten 6 Monate gegen das Etatslof und gegen das Vorjahr bedeutende Verbesserungen zeigen. Im Uebrigen kann ich nur wünschen, daß die Besserung sich noch bestimmter zeige, damit sie auch dem Abg. Rüdert, worauf ich sehr großen Werth lege, als eine besonders erfreuliche erscheine.

Abg. v. Minnigerode: Das Vorgehen des Abg. Rüdert ist nach den Usancen des Hauses ein ungewöhnliches. Gewöhnlich wird diese Uebersicht der Commission überwiesen, und nachdem dort die Prüfung und Erörterung derselben stattgefunden hat, kommt dieselbe im Plenum zur Debatte. Doch habe ich mich wundern müssen, daß der Abg. Rüdert von seinem Standpunkte aus nicht befriedigt gewesen ist, daß das Jahr 1879/80 mit so heiler Haut davon gekommen ist. Denn der letzte Etat ist doch von dem vergangenen Abgeordnetenhaus, also von der herrschenden Linken, festgestellt worden, und der Abg. Rüdert hatte doch gewiß keinen Grund, an seinem eigenen Rinde Kritik zu üben. In Betreff der neuen Wirtschaftspolitik und seiner Bemerkung über die strenge Kälte, die ich allerdings nur symbolisch auffaßte, will ich nur wünschen, daß die Kälte und Erhaltung, welche auf der liberalen Seite des Hauses gegen die neue Wirtschaftspolitik stattgefunden hat, denselben günstigen Erfolg haben möge. Hat sie denn überhaupt für die Zeit, wo der Etat von 1879/80 in Kraft gewesen ist, schon bestanden? Ihre Wirkungen können doch nur allmählig eintreten, und niemals ist unterfesselt behauptet worden, daß wir wie mit einem Zauberstrich den neuen Glanz derselben hervorbringen lassen würden. Vielmehr rechnen wir auf einen zwar langsam eintretenden, aber stetigen Erfolg. Erkannt war ich, daß er über den Zustand so stillschweigend hinweggegangen ist, ich weiß wirklich nicht, ob ihm etwa am Schluss die Stimme dabei versagte oder ob er über eine ihm unangenehme Position lieber hinweggehen wollte. Wenn er dann schließlich über die Versprechungen und Erfüllungen für den so beliebten armen Mann gesprochen und gefragt hat, wo diese geblieben sind, so wundere ich mich, daß er dies provocirt hat. Es sind zwei Schritte, die wir zu gehen haben. Den ersten haben wir bereits angetreten, nämlich mit den Ständen der Vergangenheit, mit der Erbschaft, die wir von Ihnen, von der linken Seite des Hauses angetreten haben, aufzuräumen, und jetzt werden wir den zweiten selbstständigen Schritt thun und Gesehe machen, welche dem Volke Steuererleichterungen gewähren.

Abg. Rüdert: Hoffentlich hat Herr v. Minnigerode in allem anderen mehr Recht, als damit, daß es nicht der Gewohnheit des Hauses entspreche, bei der ersten Verabreichung einer solchen Uebersicht eine Discussion herbeizurufen. Ein Blick in die Acten dieses Hauses wird ihn überzeugen, daß er sich irrt. Warum hat mir Herr v. Minnigerode denn auf meine sachlichen Ausführungen gar nicht geantwortet. (Sehr richtig! links.) Die von mir angeführten Zahlen hat weder er, noch der Minister beachtet, sondern sie haben nur ganz im Allgemeinen von den Folgen der Wirtschaftspolitik gesprochen. Ich habe die Discussion begonnen, weil ich glaube, daß man im Lande nicht zufrieden sein wird, wenn fortwährend den Thatsachen widersprechende rosigte Schönfärberei getrieben wird. Der Herr Minister hat mich, gelinde gesagt, mißverstanden, wenn er glaubt, ich wollte der Regierung aus der strengen Kälte des vorigen Winters einen Vorwurf machen. Die ironische Wendung, die in meiner Absicht lag, scheint mir nicht gelungen zu sein. Die Ironie liegt in dem ersten Satz selbst, mit dem der Bericht anfängt; lesen Sie doch: „das Jahr 1879 war für die Montanindustrie Preussens ein höchst bedeutungsvolles, indem sich im Laufe desselben die Umgestaltung der Wirtschaftspolitik und Zollgesetzgebung des Deutschen Reiches vollzogen hat“ — das steht am Kopfe einer Uebersicht, die uns Minderheiten nachweist. (Heiterkeit links.) Die Ziffern des Ministers habe ich nicht angefochten, sondern ich habe gerade auf Grund dieser Ziffern nachgewiesen, daß die Herren uns mit der Auslegung derselben versehen sollen. Herr v. Minnigerode mag doch jetzt gefälligst einmal hören: Ich habe nichts gegen Ihre Anschauungen über die Erfolge der Wirtschaftspolitik. Herr v. Minnigerode ist früher Arm in Arm mit mir freihändler gewesen (hörl. links) und wenn er will, lege ich ihm einige seiner Aussprüche aus dem Jahre 1874 vor, die mir ins Herz geschrieben sind.

Die Ansichten über die Wirtschaftspolitik haben sich also gewandelt. Wir sind seit lange alte verhärtete Freihändler und werden als solche sterben. Sie dagegen haben es fertig gebracht, im Laufe von 10 Jahren die Sache bald so, bald so anzusehen, wie ich gerade, ich will nicht sagen die Strömung, aber ihre Ueberzeugung änderte. Da mag es sich doch eigentlich machen, wenn solche ehemalige Freihändler uns jetzt von oben herab Vorwürfe machen. Vergessen Sie doch nicht Ihre eigene Vergangenheit und die Ihrer Korruptoren. Dem Herrn von Minnigerode rathe ich, die Kreuzzeitung

zu studiren, die bis vor 3 oder 4 Jahren noch freihändlerisch war. Der Herr Minister glaubt, die Finanzlage des Staates und die Finanzverwaltung sei so ziemlich dasselbe. Da steht man, wie die Herren am Regierestisch sich die Sache vorstellen. Das wäre nicht sehr schön, wenn im Augenblicke die Finanzlage und die gegenwärtige Verwaltung sich deckten. (Sehr quill links.) Nein, m. H., die gegenwärtige Finanzverwaltung — ich weiß nicht, wie lange sie dauern wird, aber sie ist herzlich — kann eine Menge von Experimenten mit dem glücklicherweise sehr soliden Unterbau unserer Finanzlage machen, ehe sie die alte solide Basis der preussischen Finanzwirtschaft erschüttert. Decennien dürfen diese Experimente allerdings nicht dauern. Beim Etat werden wir uns darüber unterhalten, was man mit unserem mühsam aufgebauten directen Steuersystem, das eine Hilfe in der Noth war, machen will. Zu Ihren Erfolgen der Wirtschaftspolitik wollen wir Ihnen Zeit lassen, Sie werden sehr viel brauchen, legen Sie uns aber nicht jetzt schon ein Bild über die Rechnung von 1879 vor, das mit der Wirtschaftspolitik gar nichts zu thun hat. In einigen Jahren kommen Sie uns mit solchen Berichten, dann wollen wir die Thatsachen prüfen. Herr von Minnigerode will uns für den Etat von 1879/80 verantwortlich machen, er sagt, er und seine Freunde müßten unsere Erbschaft antreten. Bis jetzt ist das in jedem Lande Brauch gewesen, daß man die Finanzverwaltung nicht einer Partei des Hauses weiter zulegt, sondern daß man sie dem Manne auf den Leib schneidet, der in der That der verantwortliche Führer ist.

Wie die Dinge jetzt bei uns in Preußen liegen, ist ja die Collegialverwaltung unseres Ministeriums, ich will nicht sagen aufgehoben, aber einigermaßen erschüttert. Wir haben jetzt schon ein Paar Stellvertreter. Inwiefern das preussische Staatsministerium noch heute das feste Fundament seiner Macht hat, weiß ich nicht. Ich habe bei der Vorlegung des gegenwärtigen Etats die Empfindung gehabt, als ob auch der jetzige Herr Finanzminister nicht ganz mit dem einanderstehenden gewesen sein müßte, was er uns jetzt vorgelegt hat. Es schien mir, als wenn der letzte Schlußstein dieser Staatsvorlegung, namentlich in Bezug auf den Steuerlaß, im Zusammenhang mit einer anderen Politik stände, als diejenige, die der Herr Finanzminister uns bei der Vorlegung des letzten Etats mit den denkwürdigen Worten kennzeichnete: „Es hätte ja in Frage kommen können, einen Steuerlaß zu machen; ich werde dazu meine Hand nicht bieten, als bis zu dem Momente, wo die Einnahmen und Ausgaben des Staates ins Gleichgewicht stehen; ich stehe auf dem Standpunkte der altpreussischen Finanzpolitik.“ (Bewegung.) Meine Herren, ich habe mir gedacht, daß ein Finanzminister, der im vorigen Jahre so sprach, sich kaum dazu verstehen würde, in diesem Jahre, wo ich eigentlich wenig geändert hat, einen Steuerlaß vorzuschlagen. Ich werde auch an den Herrn Finanzminister die Frage richten, warum er so beschiden in seinen Anforderungen ist. Warum nehmen Sie nicht 60 Millionen Anleihe auf und erlassen die Steuer auf 6 Monate? Den Anforderungen der Bevölkerung würden Sie damit viel mehr Rechnung tragen, wie der Finanzminister ausgesprochen hat. Was will aber eigentlich der Abgeordnete v. Minnigerode von dem Justizetat? Haben Sie etwa und Ihre Freunde die Justizgesetze nicht mitgemacht? Ist etwa der Justizminister Leonhard Mitglied der Nationalliberalen oder Fortschrittspartei gewesen? (Zuruf: Ja wohl!) Ja? Meine Herren, ich habe in der That davon nichts gehört.

Also Sie wollen die Verantwortlichkeit nicht tragen; für Ihren obersten Führer Bismarck werden Sie doch aber die Verantwortlichkeit nicht ablehnen können, hat er diese Gesehe nicht eingebracht. Ich habe die Frage der Justizgesetze nicht in Erwägung ziehen wollen, weil wir darauf noch bei einer anderen Gelegenheit kommen. Der Abgeordnete von Minnigerode sagte: „das beliebte Thema vom armen Mann“. Ich würde ihn bitten, die Rede des Herrn Finanzministers noch einmal anzuhören. An drei Stellen wird durch ihn „der beliebte arme Mann“ in die Debatte des Hauses eingeführt. Soll ich nun den armen Mann des Finanzministers ganz in die Ecke stellen? Ich will auch etwas von ihm haben (Heiterkeit). Ja, m. H., wenn hier Jemand in einem Appell an die deutschen Finanzminister öffentlich in sehr bösser probocirter Form seinen Dant ausdrückt, daß die Herren nicht bloß einig sind, wo es darauf ankommt deutsche Politik nach außen zu treiben, sondern auch da, wo die ärmeren Klassen der Bevölkerung zu entlasten sind, dann möchte ich mir doch einmal ansehen, wie die Besprechung mit der Entlastung aussehen wird. Der Abg. v. Minnigerode sprach von einem ersten und zweiten Act. Ich will Ihnen sagen, m. H., der erste war der Zolltarif von 1879 mit 130 Millionen neuer Steuern ohne Erlasse, der zweite ist der, den der Finanzminister eingebracht hat, mit 110 Millionen Steuern und dafür sollen wir in Hoffnung 64 1/2 Millionen erlassen erhalten, das macht also 240 gegen 64 Millionen im Ganzen. Dieser zweite Act wird hoffentlich keinen dritten mehr zur Folge haben, darauf können Sie sich verlassen. (Beifall der Rechten links.)

Finanzminister Bitter: Was an meiner Erwiderung in Beziehung auf spezielle Zahlenangaben vermißt worden ist, wird naturgemäß bei den weiteren Verhandlungen namentlich in der Commission präcisiert werden. Es ist unmöglich auf eine Menge unerwartet gegebener Zahlen sofort genau zu antworten. Herr Rüdert hat gesagt, das collegiale System in der Staatsverwaltung scheint ihm erschüttert, er glaube, daß der Finanzminister das feste Fundament seiner Macht verloren habe. Das Letzte muß ich mit aller Bestimmtheit als unrichtig bezeichnen. Ich fühle mich in meiner Stellung, und so lange ich die Ehre habe sie zu bekleiden, vollkommen unabhängig und stehe mit meiner Verantwortlichkeit fest und ohne daß ich in die Lage käme, mich nach irgend einer Seite einer Macht zu beugen, die außerhalb des Staatsministeriums steht. (Abg. Große Heiterkeit links.) Ich erinnere daran, daß der Abg. Rüdert eben ausgesprochen hat, das Staatsministerium habe seine collegiale Verfassung verloren. Wenn das der Fall wäre, so würde ich nicht wissen, welche Macht sich gegen das Staatsministerium überhaupt richten könnte. Wir sind nicht Einzelle, sondern eine collegiale Behörde, und Alles, was wir thun, thun wir im gegenseitigen Einvernehmen und in gegenseitiger Uebereinstimmung. Wenn irgend ein Staatsminister, ich will nicht sagen der, den der Abg. Rüdert gemeint hat, glaubt in Bezug auf die Finanzverhältnisse Forderungen, Wünsche, Ansprüche stellen zu dürfen, so können diese Forderungen, Wünsche, Ansprüche nur in der Weise geltend gemacht werden, daß sie innerhalb des Staatsministeriums ihre vollkommene und freie Erledigung finden. Ein einzelner Minister — und da komme ich auf den Punkt, der den Herren eben zu einer gewissen Heiterkeit Veranlassung gab — und stände er noch so hoch, kann auf einen anderen Minister einen Druck, dem das Staatsministerium gegenüber steht, nicht ausüben. (Zuruf: Oh!)

So bitte ich die Sache zu behandeln und nicht anders. Wir sind ein homogenes Ministerium und geben mit einander nach denselben Zielen. Ich muß auch bestreiten, daß auf mich Einwirkungen geübt seien, die mich veranlassen könnten, eine andere Haltung oder Politik einzuschlagen als diejenige, die ich von vornherein als die meine bezeichnet habe. Der Abg. Rüdert hat in dieser Beziehung eine Aeußerung angeführt, die ich im vorigen Jahre gethan habe. Die Aeußerung werde ich wohl — ich habe sie im Augenblick nicht wörtlich vor mir — ausreicht zu erhalten wissen. Er bemerkte, es sei nichts geschehen, was dieser meiner Aeußerung gegenüber eine Aenderung hätte herbeiführen können. Da nenne ich ihm das Geseh vom 16ten Juli über die Verwendungen. Dieses Geseh steht zwischen jenen Aeußerungen und dem Augenblick. Dieses Geseh habe ich zu respectiren. Das Weitere wird sich jedoch erst bei der Staats-Debatte ausführen lassen. Bezüglich der Bemerkung des Abgeordneten Rüdert über die Koburger Konferenz bemerke ich, daß ich und meine Kollegen uns niemals scheuen werden, da wo wir glauben, daß wir die Entlastung der ärmeren Volksklassen im Auge haben müssen, dies öffentlich auszusprechen. Wir gehören nicht zu denjenigen, die sich bürokratisch einschließen und abwarten, wie sich die Verhältnisse nach außen hin im Lande stellen werden. Wir stehen auf dem Standpunkte, daß wir nach allen Seiten hin die Steuerfähigkeit und Steuerkraft des Landes richtig bemessen wollen, und daß wir da, wo es irgend möglich ist, den ärmeren Volksklassen Erleichterungen zuwenden und zwar so weit als es möglich ist im Interesse des Landes und nach der gesammten Lage des Staates.

Abg. v. Minnigerode: Ich bleibe dabei, daß der Plaz nicht richtig gewählt war, um eine so grobkörnige Debatte herbeizuführen. Der Abg. Rüdert suchte nachzuweisen, daß die Staatsregierung in erster Linie die Verantwortlichkeit für den Etat habe. Ich bin darüber einigermaßen erstaunt, denn in Etatsfragen hat der Reichstag und der Landtag einen ungewöhnlichen Einfluß; ja aus dem Reichstag sind mir Fälle bekannt, daß man den Etat gegen den Willen der Regierung gemacht hat. Ich habe meine Verwunderung darüber ausgesprochen, daß der Abgeordnete Rüdert über den Justizetat so schnell hinweggegangen ist; ich habe ihm keinen Vorwurf deswegen gemacht. Die Partei der Conservativen war damals verschwunden; wir haben nur um des Ganzen willen den Gesehen zugestimmt. Was meine Stellung in der Zollfrage angeht, so habe ich im Jahre 1874 allerdings gegen die Aufrechterhaltung der Eisendölle gestimmt, weil ich in denselben ein Privilegium erblickte. Nachher hat sich die Konkurrenz namentlich auf dem Gebiete der Landwirthschaft vollständig verschoben und auf Grund dieser veränderten Verhältnisse haben wir unsere wirtschaftliche Politik geändert; wir richten uns da nicht nach einseitigen Theorien, sondern folgen den Erscheinungen des Tages. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Meyer (Breslau): Wir haben diese Discussion nicht überflüssiger Weise vom Zaune gebrochen, sie war nöthig. Denn der Abschluß des abgelaufenen und die Nothen über das laufende Jahr bilden einen der wichtigsten Factoren für das Budget des kommenden Jahres und namentlich für die wichtigste in ihm vorgeschlagene Maßregel. Die Motive zu diesem Budget sind ja nicht ausschließlich aus den Verhältnissen des zukünftigen Jahres entnommen, sie beruhen wesentlich auf dem Satz, welchen der Herr Finanzminister bei Einbringung des Etats ausgesprochen hat: die Wendung zum Besseren sei eingetreten. Darin wird man mir wohl von allen Seiten beistimmen, daß, wenn diese Hoffnungen sich nicht erfüllen, sondern wir in dem gegenwärtigen Zustande verharren, die wichtigste Maßregel des Budgets eine verheerliche ist. Das Verwendungsgeseh zwingt nicht zu ihr, es ermöglicht sie; es würde nur dazu zwingen, wenn das Gleichgewicht im Staatshaushalt schon anderweit sichergestellt wäre. Das ist aber nicht sichergestellt und gerade deshalb glauben wir, daß der Minister trotz des inzwischen erfolgten Verwendungsgesehes sich wohl an das Dictum vom vergangenen Jahre gebunden fühlen sollte. Sieht der Herr Minister die Wendung zum Besseren bereits thatsächlich nachweisbar oder hofft er sie nur? Seine Aeußerungen darüber schwanken und variiren. Was eine Wendung zum Besseren bedeutet, darüber sind wir Alle einer Meinung und erkennen die alle drei Monate erscheinenden Berichte der Handelskammern als authentische Zeugnisse dafür an. Vergeblich wird man in der letzten Nummer des Handelsarchivs, das diese Berichte bringt, nach Zeugnissen für den Eintritt der Wendung zum Besseren suchen. Mäthausen, das Centrum der elassischen Baumwollindustrie, schreibt: Im Großen und Ganzen war das Vierteljahr für unsere Industrie ungünstiger als das vorhergehende, besonders aber gilt dies von der Baumwollbranche.“ Mehr schreibt: „Die Periode, über welche wir heute zu berichten haben, ist unstreitig die ungünstigste während des ganzen Jahres.“

Angsbürg (Schreib): „Das Herbstgeschäft für die Baumwollspinnerei und Weberei gestaltet sich außerordentlich ungünstig, und sowohl Weber als Spinner müssen sich heute beim Abschluß einen ziemlich großen Verlust gefallen lassen.“ Ähnlich schreibt auch Krefeld. Breslau, das Centrum der Provinz Schlesien, spricht sich über die ganze Textilindustrie dahin aus: „Die früher gemeldete Stagnation des Geschäfts in Baumwollen-, Halbwollen-, Leinen- und Halbleinwaaren dauerte auch in den letzten Monaten fort.“ Ich läugne nicht, daß auch einzelne bessere Berichte darin sind; ich habe aber nur größere Handelskammern genannt, und wenn die Berichte einiger kleineren anders lauten — die der Seestädte sind sicherlich nicht darunter — unklar ist die Lage jedenfalls und von einer thatsächlich festgestellten Wendung zum Besseren kann man nicht sprechen. Die Frage, ob die Wendung zum Besseren thatsächlich eingetreten ist, halte ich für eine fundamentale für die ganze Behandlung des Budgets. Es ist die bei Weitem wichtigste, um sich darüber schlüssig zu machen, ob die vorgeschlagene Budgetmaßregel gerechtfertigt ist oder nicht, und Sie werden deshalb die Erörterung der vom Abg. Rüdert angeregten Details nicht auf eine spätere Zeit verschieben können. Der Finanzminister hat an einer Stelle seiner Rede seine ganzen Hoffnungen darauf reducirt, daß Alles in der Welt einmal ein Ende nehme und somit auch der gegenwärtige Rückgang der Industrie ein Ende nehmen müsse. Wenn man seine Hoffnungen hierauf beschränkt, dann hätte es ja einer Wendung unserer Wirtschaftspolitik gar nicht bedurft, und dann ist auch die eingetretene Aenderung der Wirtschaftspolitik offenbar ohne Consequenz für den erwarteten Aufschwung. Ich möchte noch ein Wort über das Capitel vom „armen Mann“ sprechen.

Wenn wir bei den Getreidezöllen darauf hinweisen, der arme Mann werde hierdurch gedrückt, so macht man uns einen Vorwurf daraus, den armen Mann in die Debatte gezogen zu haben; handelt es sich aber um die wirkliche oder vermeintliche Erleichterung, die ihm durch den Erlaß der Klassensteuer zu Theil wird, dann wird vom Regierungsrath selbst der arme Mann mit großem Nachdruck ins Feld geführt und mit besonderem Nachdruck betont, daß die Regierung dazu das volle Recht habe. Ja, wenn das Eine erlaubt ist, muß doch auch das Andere erlaubt sein. Entweder wir lassen den armen Mann ganz und gar aus dem Spiel, wir verberben ihm, in welcher Weise er gedrückt wird, wir rühmen uns nicht damit, in welcher Weise wir ihm zu Hilfe kommen — oder, wenn wir ihn erlauben und ich halte das für das Richtige, so müssen wir beide Seiten der Sache ansehen. Dann müssen wir nachweisen: hier wird er um so und so viel Weniger erleichtert und dort um so und so viel Größeren belastet; aber das Eine ohne das Andere zu thun, ist schlechthin unzulässig, das würde im Widerspruch stehen mit dem Anspruche auf Klarheit, der die Verhandlungen dieses Hauses beleben soll. Dem Abg. v. Minnigerode erwidere ich, daß seine Partei in keiner Weise im Reichstag zu erkennen gegeben hat, daß sie mit der Staatsbehandlung, wie sie im Widerspruch gegen die ursprünglichen Vorschläge des Staatsministers Debrail beliebt wurde, allerdings unter dessen ausdrücklicher, nachträglicher Zustimmung nicht einverstanden gewesen sei; kein Mitglied seiner Partei hat hervorgehoben, daß das Budget, wie es durch die Vermählungen der liberalen Parteien sich gestaltet, ihm nicht zusage, und ebenso hat kein Mitglied seiner Partei gegen die Justizgesetze gestimmt. Im Gegentheil erachten Sie es damals im Einklang mit uns für eine patriotische That, die Hindernisse zu beseitigen, die der Einführung entgegenstanden. (Beifall.)

Abg. v. Minnigerode: Ich will nur bemerken, daß ich damals im Reichstage eine Stunde gesprochen habe.

Damit schließt die Debatte. Die Uebersicht wird der Rechnungscommission überwiesen.

Es folgt die erste Beratung des Gesehentwurfs, betreffend die Erweiterung des Unternehmens der Westholsteinischen Eisenbahn-Gesellschaft durch den tautlichen Erwerb der Eisenbahn von Wessellburen nach Heide und die Contrahierung einer Anleihe von 700,000 M. zu Lasten der genannten Gesellschaft.

Abg. Dr. Hammer beantragte, die Vorlage an die Justizcommission zu überweisen, um die Frage zu prüfen, ob das Geseh überhaupt notwendig sei; denn der Beschluß über jenen Ankauf sei mit zweidrittel Stimmenmehrheit gefaßt und schon in Wirksamkeit getreten. Der Landtag habe sich aber in einem früheren Gesehe die Vernehmung der Stimmen für die im Staatsbesitz befindlichen Actien vorbehalten. Aber auch unter Abrechnung dieser Stimmen bestände immer noch eine Zweidrittel-Mehrheit. Die Vorlage geht an die Justizcommission.

Schluß 2 Uhr. Nächste Sitzung Freitag 11 Uhr. (Erste Lesung des Etats und in Verbindung damit Beratung des Antrages des Abgeordneten Rüdert.)

Berlin, 11. Novbr. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Berg rath Spengler zu Zeitz, dem Gymnasial-Dozenten Dr. Prof. Dr. Osermann zu Jülich und dem Gerichtsschreiber, Amtsgerichts-Secretär Dr. jur. Demmer zu Frankfurt a. M. den Rothen Adler-Orden vierter Klasse, dem Capitän-Lieutenant Fribe, dem Marine-Zabmwärter Wei nert und dem Unter-Forstassen-Rendanten, Kaufmann Carl Walnuth zu Wolgast den Königlich Kronen-Orden vierter Klasse; dem Schullehrer Brommunt zu Dembowalonta im Kreise Strasburg Westpr. den Adler der Inhaber des Königlich Haus-Ordens von Hohenollern; sowie dem Schullehrer Schlegel zu Lunow im Kreise Angermünde und dem Chausseebau-Aufseher Jache zu Alt-Kolziglow im Kreise Rummelsburg das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen.

Se. Maj. der König hat dem Kreisphysikus des Kreises Osterode a. S., Dr. med. Wilhelm Christoph Strecker zu Duerstadt den Charakter als Sanitäts-Rath, und dem Brauereibesitzer Paul Hoffmann zu Potsdam den Charakter als Commerzien-Rath verliehen.

Dem Vanquier Georg Goldberger ist Namens des Reichs das Exequatur als königlich belgischer Consul in Berlin erteilt worden.

Berlin, 11. Novbr. [Se. Majestät der Kaiser und Königl. empfing heute den Generalarzt Professor Dr. von Langenbeck und den Chef der Landgendarmerte, General der Cavallerie von Rauch und nahm darauf die Vorträge des Kriegsministers, General der Infanterie von Ramele, sowie des Chefs des Militärarcinets, General-Lieutenants von Albedyll, entgegen.]

Gewinn-Liste der 2. Klasse 163. Königl. Preuss. Klassen-Lotterie. Nach dem Bericht von Engel Nachfolger, Kochstraße 20, ohne Gewähr.

(Nur die Gewinne über 50 Mark sind den betreffenden Nummern in Parenthese beigefügt.)

Berlin, 11. Novbr. Bei der heute beendeten Ziehung sind folgende Nummern gezogen worden:

82	305	446	595	602	7	(150)	722	1078	116	(150)	90	248	70
415	48	97	502	26	632	35	57	727	938	2109	227	436	75
91	92	93	918	3039	178	200	312	38	55	526	43	53	(1800)
49	4163	66	(120)	220	29	37	387	454	80	84	740	913	43
140	(120)	49	(150)	261	304	11	460	66	(150)	654	(150)	713	53
995	6002	24	425	686	(150)	759	87	826	901	(180)	10	71	7053
111	202	359	60	642	(120)	58	72	702	859	8044	194	374	517
(120)	9132	327	425	45	502	602	725	837	911	(120)	33	40.	

Table with multiple columns of numbers, likely a financial or statistical report. Includes sub-headers like '10,089 372 832 (120)' and various numerical entries.

10,089 372 832 (120) 11,089 146 240 334 80 95 472 652
738 (120) 834 91 12,097 293 369 414 572 (120) 650 769 13,068
115 306 64 476 565 (120) 738 14,051 219 24 56 (240) 371 550
(120) 742 (120) 823 905 (120) 68 15,187 233 (150) 51 61 66 (120)
308 64 525 71 623 709 46 857 971 16,040 54 111 15 300 408
(120) 513 19 79 790 881 940 17,009 45 (180) 367 450 86 708
48 811 29 83 (120) 950 55 18,100 32 263 332 467 577 608 752
813 (120) 23 25 85 19,035 55 223 331 51 419 558 62 609 701
(120) 817 30 76 (240).
20,240 373 411 599 643 745 809 62 21,094 167 260 302 60
417 560 72 674 75 835 22,219 394 438 96 504 665 71 844
23,066 115 246 96 411 667 (120) 950 79 24,149 50 (120) 305 71
420 579 (120) 627 820 50 66 979 25,008 65 164 90 95 271 499
501 23 65 607 701 25 853 65 71 75 953 88 26,061 304 431 45
523 658 740 (150) 824 74 27,463 575 98 620 72 773 945 28,122
61 236 (180) 50 (150) 497 512 689 882 998 29,077 333 92 459
510 18 744 880 965.
30,057 69 309 84 93 (120) 671 701 (120) 31,015 18 21 49 131
395 477 79 502 64 (120) 704 (120) 80 806 20 44 50 72 32,033 38
41 120 88 96 495 (120) 524 33,015 74 177 272 (300) 344 441
578 635 875 93 907 34,086 299 355 416 756 851 (120) 35,210
347 55 75 418 664 712 (120) 69 885 939 44 73 (120) 74 85 36 119
399 736 99 (150) 805 (150) 37,251 353 524 707 94 902 38,072
76 139 54 (120) 201 302 49 71 572 672 78 704 94 938 39,020
199 220 25 388 483 500 21 90 788 810 960.
40,081 15 225 28 49 (120) 304 64 560 711 76 801 54 41,172
99 371 (120) 504 42,095 58 (120) 337 (120) 56 70 97 412 66 82
503 51 66 86 611 46 (120) 91 835 985 43,038 (150) 53 87 196 344
72 411 508 33 73 644 751 920 44,475 (120) 78 545 59 624 332
861 916 45,102 222 55 314 35 467 548 612 78 711 81 (120) 827
39 941 51 (120) 72 46,030 36 139 232 54 65 75 305 415 25 527
863 78 91 971 95 47,000 4 (120) 97 171 395 497 743 949 48,005
(120) 35 49 101 16 87 209 369 417 539 636 38 42 72 770 (150)
49,174 87 238 40 352 (120) 473 99 539 49 702 884 909 91 97.
50,067, 73 224 485 589 772 876 51,187 208 46 65 308 77
480 675 83 88 726 953 87 52,080 89 145 (120) 79 94 320 541
871 976 (120) 53,093 353 64 426 500 (120) 605 6 15 48 862 64
929 54,261 389 (150) 522 30 607 48 63 55,023 71 78 106 60 243
367 68 499 544 47 621 (240) 23 773 821 55 (150) 56,599 629 87
57,006 148 305 57 76 488 96 811 997 58,212 398 99 633 62
85 711 85 826 29 953 59,235 91 340 59 430 40 547 48 716 99
816 967.
60,036 253 92 447 562 633 835 61,175 202 307 30 61 62 707 43
58 815 (120) 954 68 63,043 71 89 140 299 (150) 306 465 69 517
45 679 921 (120) 93 62,061 166 71 248 509 21 38 67 741 879 970
(120) 64,062 (120) 85 276 592 626 42 54 764 72 923 73 99 65,184
248 84 410 505 617 712 (120) 80 (120) 66,158 210 377 437 (120) 72
599 677 775 808 85 922 67,031 130 213 75 710 882 910 55 88 68,098
302 502 625 (120) 62 86 702 57 918 77 87 69,076 79 (120) 90 106 214
36 379 431 614 702 17 951 60 (150) 73.
70,198 277 367 441 43 59 527 87 614 50 761 918 58 78 (12,000)
71,011 20 (120) 44 51 17 76 84 452 53 90 (120) 504 35 78 609 32 786
836 952 72,010 90 146 211 21 436 47 507 786 87 872 922 73,026 181
366 402 51 510 51 71 (120) 888 944 74,110 273 398 659 714 75,043
78 121 28 636 843 56 76,116 28 295 437 81 543 666 806 86 77,029
329 95 469 (120) 538 836 46 76 83 939 49 78,060 301 36 582 605 704
71 801 52 79,010 51 175 284 547 643 48 58 720 65 826 91 968.
80,021 286 433 (120) 748 893 81,003 43 184 (120) 213 316
48 (120) 527 (180) 91 633 46 90 96 856 (120) 983 82,048 165 88
325 57 70 (120) 516 31 68 691 709 30 861 83,032 102 96 217
54 (120) 91 (150) 727 92 830 (240) 57 84,144 (120) 304 477 518
735 (120) 44 81 884 903 8 56 85,084 256 447 601 740 85 929
86,068 93 319 (120) 72 459 668 754 78 855 959 (120) 63 77 (150)
87,025 (120) 74 136 56 (120) 96 373 453 69 597 731 69 801 926
88,143 256 362 579 (120) 81 99 633 785 89,325 (120) 641 93
704 9 867.
90,014 (120) 118 59 83 212 50 (120) 472 552 627 51 715 87
817 75 87 (120) 959 91,036 68 121 234 307 477 552 625 50 852
96 993 92,103 14 21 287 580 768 800 16 93,050 62 184 96 253
91 326 37 50 (150) 693 94,020 125 49 58 363 410 (120) 55 96
646 (120) 700 45 887 926.

— Berlin, 11. Novbr. [Organisation des auswärtigen Amtes. — Die Gerichte über Ministerveränderungen. — Interpellation in Angelegenheit der Gerichtskosten.] Wie man hört, haben alle Mittheilungen über eine veränderte Organisation des auswärtigen Amtes vorläufig noch wenig oder gar keinen tatsächlichen Gehalt und sind auf allgemeine Bemerkungen über künftige Dispositionen zurückzuführen, die man selbstverständlich nicht eher treffen wird, als bis der neue Staatssekretär ernannt ist und die Geschäfte übernommen hat. Beabsichtigt ist wie im Reichsamt des Innern auch im auswärtigen Amt die Herstellung einer besonderen handelspolitischen Abtheilung, welcher die Angelegenheiten der internationalen Verträge und — der Colonialfragen zufallen würden. In Bezug auf diese letztere Angabe sind wir für jetzt auf ein Dementi gefaßt. Man wird aber gut thun, im Auge zu behalten, daß auch diese Angelegenheit ihren Antheil in dem großen Reformprogramm erhalten wird. — In den Unterhaltungen der Abgeordneten spielen, wie immer zu Anfang der Session, Gerüchte über Ministerveränderungen ihre Rolle. Gestern betraf sie den Finanzminister Bitter, dem sogar in dem Staats-Sekretär Scholz vom Schatzamt bereits ein Nachfolger gegeben war. Heute war Herr Maybach an der Reihe. Selbstverständlich verdienen diese Gerüchte nicht den mindesten Glauben. — Die Nationalliberalen haben unter Vortritt der Abgeordneten von Cuny und Spener folgende Interpellation eingebracht:
„1) Hat die königliche Staatsregierung Ermittlungen über die bisherige Wirkung des neuen Gerichtskosten-Gesetzes und der Gebührenordnung für Gerichtsvollzieher angestellt? 2) Haben die Ermittlungen ergeben, daß das gerichtliche Verfahren übermäßig verteuert ist? 3) Für den Fall der Bejahung ad 2: Welche Schritte zur Abhilfe beabsichtigt die kgl. Staatsregierung zu thun?“
Δ Berlin, 11. Novbr. [Die erste Lesung der Kreisordnungsvorlagen.] Das Abgeordnetenhaus hat gestern die erste Beratung der Kreisordnung für Schleswig-Holstein beendet, wogegen die erste Beratung der Kreisordnung für Posen nicht zu Ende geführt, sondern vertagt wurde. Die Schleswig-Holsteinischen Redner tadelten an dem Entwurf der Kreisordnung sämmtlich die beabsichtigte Uebertragung der ländlichen Polizei an königliche Districts-Commissare, statt an Organe der Selbstverwaltung, außerdem die Zusammenfügung der Kreistage, beziehungsweise die Neubegründung des dort vielfach ganz unbekannten Instituts der Großgrundbesitzer. Der Minister Graf Culenburg erwiderte auf die Kritik der ersten (national-liberalen und conservativen) Redner mit angesehener Befriedigung darüber, daß man nicht noch mehr an seinem Opus aussehe. In Ansehung der Districts-Commissarien behauptete er, in der Provinz seien zwei große Strömungen erkennbar, eine für und eine gegen die Amtsvorsteher. Dagegen sprachen Gewöhnung und Neigung der Bevölkerung, die schließlich zu commissariatsähnlichen Amtsvorstehern, also zu Districts-Commissarien, lieber sich wenden werde, als daß man das Amtsvorsteheramt übernehme. Von entscheidender Wirkung aber seien die politischen Bedenken. Diese wurden aus der nationalen Agitation der Dänen in Nordschleswig hergenommen, da eine verschiedenartige Regelung der Polizei im Norden und im Süden der Provinz nicht zulässig sei. Mit wichtigen Gründen trat nun hiergegen der Abg. Dr. Hänel auf. Die Existenz „zweier großen Strömungen“ für und gegen den Amtsvorsteher stellte er durchaus in Abrede, weder dem Provinzial-Landtage, noch irgend einer Vertrauensmänner-Versammlung habe der Regierungsentwurf vorgelegen, — die vermeintlichen Strömungen könnten nur in bureaukratischen Berichten vorkommen. Die in Nordschleswig noch bestehende, aber von Tag zu Tag ab-

nehmende nationale Agitation, die keinen Vergleich zu der in Posen und im Elsaß zulasse, dürste nicht bestimmend sein, der ganzen Provinz ihr Recht zu mindern. Hänel entwickelte sodann, weshalb man noch gar nicht in der Lage sei, über den mangelhaft motivirten Entwurf zu beraten. Die Kreisordnung hätte zuerst auf Westfalen und Rheinland, als auf Provinzen mit ausgebildeten Sammtcommunen (Bürgermeistereien, Aemtern), übertragen werden müssen, wobei die Grundzüge zu erörtern seien, wie man die Kreistage zusammenfasse und die locale Polizei organisire in Provinzen, wo nicht wie im Osten für die Zwerg-Landgemeinden der aristokratische Amtsvorsteher als Nothbehelf wegen des Mangels von Großgemeinden einzuführen. Erst wenn dies Princip entschieden, könne man eine Kreisordnung für Schleswig-Holstein schaffen. In dem vorliegenden Entwurf wolle man die in vielen Kreisen vollentwickelten, in anderen in werthvollen Anlagen vorhandenen Communal-Verbände gänzlich beseitigen (§ 118). Eine der schwersten Thaten der preussischen Dictaturperiode von 1867 sei die Zerstörung dieser Ansätze durch Zurückführung derselben zur Einzelgemeinde gewesen. In den fünf Kreisen Nord- und Süd-Dithmarschen, Husum, Eiderstedt und Tontern bestche seit fast einem Jahrtausend eine musterhafte organische Verfassung der Großcommunen, vollkommen ebenbürtig in ihren Leistungen den Stadtcommunen. — Jeder Eingriff in diese Organisationen sei geradezu revolutionär! Aus der Wahl der Interessentenschaft baue sich Gemeindevorstand, Kirchspielvorstand und Landschaft ohne Unterschied von Großbesitz und Kleinbesitz auf. Tüchtige Ansätze solcher communalen Gesamtbildungen seien in allen Kreisen ohne Ausnahme vorhanden. Sie zu zerstören, sei weder conservativ, noch den Principien der Kreisordnung entsprechend. Das Resultat der mit zahlreichen Beispielen erläuterten Auseinandersetzung war, daß Hänel ablehnte, über die schleswig-holsteinische Kreisordnung auch nur in Beratung zu treten, so lange nicht 1) die principielle Stellung der Regierung zu Landes- theilen mit Großcommunen klargestellt ist und 2) eine genaue Statistik über alle noch vorhandenen Communal-Verbände Schleswig-Holsteins, über deren Größe und Competenzen, sowie über Lage und Umfang des Großgrundbesitzes vorliegt. Der Minister schwieg und Niemand meldete sich mehr zum Wort. Darnach ist wenig Aussicht vorhanden, daß die schleswig-holsteinische Kreisordnung fertig wird. Ob für die polensche mehr Chancen vorhanden sind, blieb nach dem heutigen Theile der ersten Beratung auch noch zweifelhaft.

Handel, Industrie &c.

Berlin, 11. Novbr. [Börse.] Verschiedene Momente waren es, welche der heutigen Börse ein angenehmes Gepräge verliehen, zunächst war das allerdings noch ohne Bestätigung gebliebene Gerücht verbreitet, daß die Uebergabe Pulcineros vollkommen sei, sodann wurde der ruhige Verlauf der französischen Ministerkrise sehr günstig interpretirt, außerdem lagen dem gestrigen Boulevard wie auch von der heutigen Wiener Frühbörse ankommende Meldungen vor. Die letztere hatte Creditactien um 0,90 fl., sowie Franzosen um 1/2 fl. gegen gestern Abend in die Höhe gehet und eine feste Haltung angenommen. Im Anschluß hieran eröffnete man hier den Verkehr in recht angeregter Stimmung, Creditactien setzten um 2 1/2 Mark über ihrem gestrigen Schlussstand ein und blieben bei regem Umsatze sehr fest; für dieselben wirkte auch der nach „H. L. B.“ vollzogene Abchluss bezüglich des West-Seminar Bahnbau. Franzosen und Lombarden gewannen 1/2 respective 1 Mark, waren aber weniger beliebt. Oesterreichische Renten blieben ohne Bewegung, nur Ungarische Goldrente konnte bei geringfügigem Geschäft etwas anziehen. Von russischen Fonds waren 1880er Anleihe beliebt und 1/2 pSt. besser, Orientanleihen ruhig und im Course behauptet. Noten unbeliebt, aber fest. Auf dem speculativen Localmarkt zeichneten sich Montanwerthe durch große Festigkeit aus, Laurahütte wurden in bedeutenden Höhen für Pariser Rechnung angekauft resp. gedeckt, auch die steigende Glasgower Notierung für Warrants wirkte ausregend. Sehr viel Leben herrschte auf dem Bankmarkt, Darlehns wurden in der Erwartung einer hohen Dividende von ersten Häusern in großem Umfange zu anziehendem Preise aufgenommen, auch Disconto konnten 1/2 % avanciren. Heimische Bahnen waren bei gestrigen Kursen still, Oesterreichische und Thüringer mußten unter dem Druck von Gewinnrealisationen 1/2 % nachgeben, dagegen waren Freiburger sehr gefragt und höher, man tarirte die diesjährige Dividende der Bahn auf 6 %. Von Oesterreichischen Nebenbahnen waren für die Arbitrage Elisabethbahn und Böhmische Westbahn, welche in Wien schon seit mehreren Tagen poussirt worden sind, gesucht, auch Elbethalbahn war fest. Nordwestbahn dagegen vernachlässigt. Der Geschäftsumfang verringerte sich im weiteren Verlaufe der Börse, die Course erlitten eine geringe Abschwächung, die Haltung blieb aber generell fest. Für russische Noten zeigte sich Bedarf, dieselben wurden lebhafter umgesetzt und zogen 1/2 M. an. Schluss wieder recht fest in Folge der Preisermäßigungen auf dem Getreidemarkt. Montanwerthe abgeschwächt.
Course um 2 1/2 Uhr: Still. Credit 488,00, Lombarden 152,00, Franzosen 478,50, Reichsbank 146,60, Disconto-Commandit 176,75, Handels-Gesellschaft —, Laurahütte 116,50, Lärten —, Italiener 86,37, Oesterreichische Goldrente 75,00, Ungarische Goldrente 92,50, Dortmund Union 82,50, Oesterreichische Silberrente 62,75, do. Papierrente 62,25, Sprotte Russen 91,50, Köln-Mindener —, Rheinische —, Bergische 116,87, Rumänische Rente 89,62, Russische Noten 205,25, II. Orient-Anleihe 57,25, do. III. 57,62.
Coupons. (Course nur für Besten.) Oesterr. Silber-Coupon 172,15 bez., do. Eisenbahn-Coupon 172,15 bez., do. Papier in Wien zahlbar min. 35 Pf. I. Wien, Amerik. Gold-Doll.-Bonds 4,1825 bez., do. Eisenbahn-Bror. 4,1825 bez., do. Papier-Doll. 4,1825 bez., 6 % New-York-City 4,1825 bez., Russ. Central-Boden min. — Pf. Paris, do. Papier u. verl. min. 75 Pf. I. Pet., Poln. Papier u. verl. min. 75 Pf. Warschau, Russ. Zoll 20,43 bez., u. Br., 1822er Russen —, Große Russ. Staatsbahn —, bez., Russ. Boden-Credit —, bez., Warschau-Wiener Comm. —, bez., Warschau-Lerespol —, bez., 3 % und 5 % Lombarden min. — Pf. Paris, Diverse in Paris zahlbar min. — Pf. Paris, Holländische min. — Pf. Amsterdam, Schweizer min. — Pf. Paris, Belgische min. — Pf. Brüssel, Verl. Str. Obligat. 20,31 bez.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.
(W. L. B. Paris, 11. Nov., Abends. [Boulevard.] 3 % Rente —, —, Neueste Anleihe 1872 119, 27. Lärten —, —, Neue Egyptier 331, —, Banque ottomane —, Italiener 87, 65. Chemins —, —, Oesterr. Goldrente —, —, Ungar. Goldrente 94 %, Spanier extor. —, inter. —, Staatsbahn —, Lombarden —, 1877er Russen —, —, Lärtenloose —, —, Lärten 1873 —, —, Amortisirbare —, —, Orient-Anleihe —, Pariser Bank —, Fest.
Frankfurt a. M., 11. Nov., Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Schluss Course.] Londoner Wechsel 20, 37. Pariser Wechsel 80, 50. Wiener Wechsel 172, 55. Köln-Mindener Stamm-Actien 147 %, Rheinische Stammactien 158 %, Hessische Ludwigsbahn 97. Köln-Mind. Prämien-Anth. 131 %, Reichsbank 100 %, Reichsbank 147. Darmstädter Bank 152 %, Meiningen Bank 94 %, Oesterr.-Ungarische Bank 703, 00. Creditactien 243, Silberrente 63. Papierrente 62 %. Goldrente 75. Ungarische Goldrente 92 %, 1860er Loose 121 %. 1864er Loose 310, 80. Ungarische Staatsloose 214, —, Ungar. Oefbahn-Obligat. II. 84 %. Böhmische Weichbahn 203 %, Elisabethbahn 169 %, Nordwestbahn 154. Galizier 234 %, Franzosen 238 %, Lombarden 175 %, Italiener —, 1577er Russen 91 %, 1880er Russen 71 %, II. Orientanleihe 57 %, Central-Pacific 116 %, Leipziger Eisenwerte 66 %, Privat-Discont — pSt. Fest.
Nach Schluss der Börse: Creditactien 242 %, Franzosen 238 %, Galizier 234, Lombarden —, —, Ungar. Goldrente —, 1880er Russen —, II. Orientanleihe —, III. Orientanleihe —.
*) per medio rel. ver. ultimo.
Hamburg, 11. Nov., Nachmittags. [Schluss Course.] Brems. Wroc. Conzols 100, Hamburger St.-Br.-A. 124 1/2, Silberrente 62 %, Oest. Goldrente 74 %, Ung. Goldrente 92 %, Credit-Actien 242 %, 1860er Loose 122 %, Franzosen 596, Lombarden 190, Italien. Rente 88 %, 1877er Russen 91 %, II. Orient-Anl. 55 %, Reichsbank 120 %, Laurahütte 116 %, Nordw. 161, Commerzbank 120 %, Anglo-Deutsche 74 %, 5 % Amerikanische 94 %, Rhein. Eisenbahn 158 %, do. junge 152 1/2, Berg.-Märk. do. 116 %, Berlin-Hamburg do. 223, Altona-Kiel do. 157 %, Disconto 3 1/2 %. Abgeschwächt.
Hamburg, 11. Nov., Nachm. [Getreidemarkt.] Weizen loco unter-

ändert, auf Termine matt. Roggen loco unverändert, auf Termine matt. Weizen der Nov. 202 Br., 201 Gd., pr. April-Mai 219 Br., 217 Gd. Roggen pr. November 210 Br., 209 Gd., pr. April-Mai 201 Br., 199 Gd. Hafer und Gerste unverändert. Rüböl still, loco 56, pr. Mai 58. Spiritus matt, per November 51 1/2 Br., per December-Januar 50 1/2 Br., per Januar-Februar 50 1/2 Br., April-Mai 50 1/2 Br. Kaffee ruhig, geringer Umsatz. Petroleum weichen, Standard white loco 10, 50 Br., 10, 20 Gd., pr. November 10, 20 Gd., pr. December 10, 20 Gd. — Wetter: Bedeckt.
Liverpool, 11. Novbr., Vormittags. [Baumwolle.] (Anfangsbericht.) Muthmaßlicher Umsatz 10,000 Ballen. Unverändert.
Liverpool, 11. Novbr., Nachmittags. [Baumwolle.] (Schlussbericht.) Umsatz 10,000 Ballen, davon für Speculation und Export 1000 Ballen. Amerikaner angeboten. Middl. amerikanische Januar-Februar-Lieferung 6 1/2, März-Lieferung 6 1/2 D.
Liverpool, 11. November, Nachmittags. Officielle Notierungen. [Baumwolle.] (Schlussbericht.) Definitiver Umsatz — Ballen. Upland good ordinär 5 1/2, Upland low middl. 6 1/2, Upland middl. 6 1/2, Orleans middl. 6 1/2, Orleans good ordinär 6 1/2, Orleans low middl. 6 1/2, Orleans middl. 6 1/2, Orleans middl. fair 7 1/2, Pernam fair 7 1/2, Santos fair —, Bahia fair —, Maceio fair 7 1/2, Maranham fair 7 1/2, Egyptian brown middl. 5 1/2, Egyptian brown fair 7 1/2, Egyptian brown good fair 7 1/2, Egyptian white middl. —, Egyptian white fair 7 1/2, Egyptian white good fair 7 1/2, Smyrna fair —, M. G. Broad fair —, Dholerab middl. 3 1/2, Dholerab good middl. 3 1/2, Dholerab middl. fair 4 1/2, Dholerab fair 4 1/2, Dholerab good fair 5 1/2, Dholerab good 5 1/2, Domra fair 4 1/2, Domra good fair 5 1/2, Domra good 5 1/2, Scinde fair 4 1/2, Bengal fair 4 1/2, Bengal good fair 4 1/2, Madras Tinnevely fair —, Madras Tinnevely good fair 5 1/2, Madras Western fair 4 1/2, Madras Western good fair 5 1/2.
Glasgow, 11. Nov. Robeisen 51, 10.
Peñ, 11. Novbr., Vorm. 11 Uhr. [Productenmarkt.] Weizen loco fest, auf Termine lusslos, pr. Frühjahr 12, 40 Gd., 12, 42 Br. — Hafer pr. Frühjahr 6, 45 Gd., 6, 50 Br. — Mais pr. Mai-Juni 6, 25 Gd., 6, 28 Br. — Wetter: Brachvoll.
Paris, 11. Novbr., Nachmittags. [Productenmarkt.] (Schlussbericht.) Weizen ruhig, per November 28, 10, pr. December 28, 10, pr. Januar-April 28, 10, pr. März-Juni 28, 25. Roggen fest, per Novbr. 23, 80, pr. März-Juni 23, 50. Weizen behauptet, per November 59, 10, pr. December 58, 75, pr. Januar-April 58, 10, pr. März-Juni 58, 25. Rüböl behauptet, per November 73, 75, pr. Decbr. 74, 50, pr. Januar-April 76, 00, der Mai-August —. Spiritus ruhig, per November 59, 25, pr. December 59, 25, pr. Januar-April 59, 00, pr. Mai-August 58, 75. — Wetter: Regnerisch.
Paris, 11. November, Nachmittags. Rohzucker 88° weichen, loco 54, 75 bis 55, 00. Weisser Zucker weichen, Nr. 3 per 100 Kgr. pr. November 60, 80, pr. December 61, 00, pr. Jan.-April 61, 50.
London, 11. Novbr., Nachm. Sabannazuder Nr. 12 24. Matt.
Antwerpen, 11. November. Nachm. [Getreidemarkt.] (Schlussbericht.) Weizen fest. Roggen fest. Hafer still. Gerste sich bessernd.
Antwerpen, 11. Nov., Nachm. 4 Uhr 30 Minuten. [Petroleummarkt.] (Schlussbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 26 1/2 bezahlt und Br., pr. December 25 1/2 bez., 25 1/2 Br., pr. Januar-März 25 bez., 25 1/2 Br. — Weichen.
Bremen, 11. Novbr., Nachmittags. Petroleum weichen. (Schlussbericht.) Standard white loco 10, 10—10, 00, pr. Decbr. 10, 20—10, 05, pr. Januar-März 10, 15—10, 00. Alles bezahlt.
Petersburg, 11. Novbr. [Ausweis der Reichsbank] vom 8. Novbr. n. St.-B.
Creditbill im Umlauf . . . 716,515,125 Rbl. unverändert.
Notenemission für Rechnung der . . . 417,000,000 Rbl. unverändert.
Succurs. 374,071,101 Rbl. Abn. 4,436,177 Rbl.
Vorläufige der Bank an die Staats-Regierung 4,436,177 Rbl.
*) Ab- und Zunahme gegen den Ausweis vom 1. November.
Berlin-Görlitzer Eisenbahn.
Die Einnahmen pro Monat October 1880 betragen (provisorisch ermittelt):
1) aus dem Personen-Verkehr 121,926 Mark,
2) aus dem Güter- und Vieh-Verkehr 452,660 „
3) Extraordinaria 23,868 „
Summa pro October 598,454 Mark.
Die Einnahme pro October 1879 beträgt definitiv festgesetzt 593,429 Mark,
mithin pro 1880 mehr 5,025 Mark.
Einnahme bis Ende October 1880 4,860,212 Mark
" " " " 1879 4,901,633 „
mithin pro 1880 weniger 41,471 Mark.
Von der vorangegebenen Minder-Einnahme pro Januar bis October 1880 mit 41,471 Mark
geht ab die Differenz zwischen der provisorisch ermittelten und der definitiv festgestellten Einnahme pro Januar bis Mai 1880 mit 94,469 „
Bleibt Mehr-Einnahme bis ult. October 1880 52,998 Mark.
Berlin, 11. Novbr. [Producten-Bericht.] Das Wetter ist milder geworden und auch freundlicher nach einem nebligen Vormittag. Im Getreidehandel war es heute ziemlich flau. Kaufkraft für Roggen gab es weniger, so daß die Auerbietungen auf Termine auch nach Ermäßigung der Preisforderungen nur schwierig untergebracht werden konnten. Weizen nach Waare trat noch weniger hervor als in den letzten Tagen. — Roggenmehl flauer. — Weizen wurde vernachlässigt und die spätkischen Abschlüsse, welche zu Stande kamen, lassen merkwürdigen Rückschritt der Preise constatiren. — Hafer loco schwach behauptet, Termine entschieden matt und billiger säuflich. — Rüböl hat im Preise etwas nachgegeben, weil die Kaufkraft sich dem wenig vermehrten Angebot nicht ebenbürtig erwies. — Petroleum flau. — Spiritus wurde billiger verkauft, fand dann aber größere Beachtung hat in Folge dessen zuletzt auch wieder festere Haltung erlangt.
Weizen loco 185—235 M. pr. 1000 Kilo nach Qualität gefordert, gelber 210—219 Mark ab Bahn bez., defecter — Mark bez., do. flammer mit starkem Geruch — M. ab Bahn bez., weiß bunter polnischer — M. ab Bahn bez. u. Br., fein weiß udmärkischer — Mark ab Bahn bez., per November 214 1/2 Mark bez., per November-December — M. bez., per April-Mai 219—218 M. bez., per Mai-Juni 220—219 Mark bez. Gefündigt — Centner. Ründigungspreis — M. — Roggen loco 216 bis 222 M. pr. 1000 Kilo nach Qualität gefordert, inländ. mit starkem Auswuchs — M. ab Bahn bez., inländ. 217—220 M. ab Bahn bez., requirirt inländ. — M. ab Bahn bez., defecter inländ. — Mark ab Bahn bez., russischer — Mark ab Bahn bez., neu fein weiß galiz. — M. ab Bahn bez., per November 218 1/2—217 1/2 Mark bez., per November-December 215 1/2—214 1/2—215 Mark bez., per December-Januar 214 1/2—213 1/2—214 Mark bez., per April-Mai 210 1/2—208 1/2—209 M. bez., per Mai-Juni 207—205 1/2—206 M. bez. Gefündigt 4000 Ctr. Ründigungspreis 217 Mark. — Gerste loco 145 bis 200 M. nach Qualität gefordert. — Hafer loco 150—170 Mark pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, oft- und westpreussischer 153—160 Mark bez., russischer 153—158 Mark bez., dommerischer, medlenburgerischer und udmärkischer 154 bis 160 M. bez., schlesischer 155 bis 159 Mark bez., böhmischer 155—159 Mark bez., fein weiß russ. — M. bez., neamärkischer — M. bez., galizischer — M. ab Bahn bez., fein weiß medlenburgerischer 162 bis 164 Mark ab Bahn bez., per November 154 1/2 M. bez., per November-December 154 Mark bez., per April-Mai 157 1/2—156 1/2—157 M. bez., per Mai-Juni 158 1/2—158 M. bez. Gefündigt 1000 Centner. Ründigungspreis 154 1/2 M. — Erbsen, Rogwaare 200 bis 215 M. pr. 1000 Kilo. Futterwaare 185 bis 196 M. — Weizenmehl pro 100 Kilo Br. unversehrt incl. Sad Nr. 0: 31,50 bis 30,00 Mark, Nr. 0: 30,00 bis 29,00 Mark, Nr. 0 und 1: 29,00 bis 28,00 Mark. — Roggenmehl pro 100 Kilo Br. unversehrt incl. Sad Nr. 0: 30,50 bis 29,00 Mark bez., Nr. 0 und 1: 29,00—28,00 Mark. — Mais loco 144—147 Mark nach Qualität gefordert, rumänischer — M. bez., amerikan. — M. ab Bahn bez., per November 142 Mark bez., per December 144 M. bez., per Januar 145 M. bez., per April-Mai 141 1/2 M. bez. Gefündigt — Ctr. Ründigungspreis — M. — Roggenmehl pro 100 Kilo Br. Nr. 0 und 1 incl. Sad: per November 29,10 M. bez., per November-December 29,10 M. bez., per December-Januar 29,25 Mark bez., per Januar-Februar — Mark bez., per Februar-März — M. bez., per April-Mai 29,50—29,40 Mark bez., per Mai-Juni — M. bez. Gefündigt 2500 Ctr. Ründigungspreis 29,10 M. — Rüböl pro 100 Kilo loco mit Faß 54,8 M. bez., ohne Faß 54,5 Mark bez., per November 55 M. bez., per November-December 55 M. bez., per December-Januar 55 Mark bez., per Januar-Februar 55,5 Mark bez., per April-Mai 55,1 bis 57—57,1 M. bez., per Mai-Juni — M. bez. Gefündigt 300 Ctr. Ründigungspreis 55 M. — Leinöl 67 M. bez. — Petroleum loco pro 100 Kilo incl. Faß 31 Mark bez., per November 30,5 Mark bez., per November-December 30,3 M. bez., per December-Januar 30,5 M. bez., per Januar-Februar — M. bez., per April-Mai — M. bez. Gefündigt — Centner. Ründigungspreis — M.

die ihre Hauptnahrung aus der geistigen Vorkarbeit der alten Klassiker zieht, deren Verständniß hier angebahnt wird.